

Wirtschaftspolitik und politische Partizipation

Aufgaben

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material)
(20 BE)

- 2 Ordnen Sie die Position des Autors einer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption zu und erläutern Sie diese. (Material).
(25 BE)

- 3 Im Material werden zentrale inhaltliche Themen des Bundestagswahlkampfes 2021 angesprochen.
Erläutern Sie die Bedeutung von Wahlen und weiterer politischer Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland.
(25 BE)

- 4 „Eine nachfrageorientierte Politik wird nicht in der Lage sein, die Folgen der Krise nachhaltig zu bewältigen. Sie setzt nicht die richtigen Anreize, sie wirkt nicht treffsicher genug und bietet zu wenig Raum für Innovation. Wir brauchen ein Comeback der Angebotspolitik.“
(FDP-Vorsitzender Christian Lindner im Handelsblatt vom 11.06.2021)
Setzen Sie sich mit Lindners Forderung nach einer stärkeren Angebotsorientierung der Wirtschaftspolitik auseinander.
(30 BE)

Material**Rudolf Hickel: Mehr Staatsschulden wagen – aber auch mehr Steuern! (2021)**

Die deutschen Staatsschulden steigen und steigen auf breiter Front. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Schulden des öffentlichen Sektors Ende 2020 gegenüber dem Vorjahr um 14,4 Prozent auf 2,173 Bill. Euro angewachsen. Allein beim Bund wird bis ins nächste Jahr die Kreditaufnahme um knapp 460 Mrd. Euro angestiegen sein.

- 5 Zentrale Triebkräfte sind die Kosten der Coronakrise, der Wiederaufbaufonds infolge der Flutkatastrophe, aber auch aufgrund der Schuldenbremse aufgestaute Investitionen. Die Debatte, wie mit dieser expansiven Staatsverschuldung umgegangen werden soll, ist im Bundestagswahlkampf¹ in vollem Gange. So werden von Grünen, SPD und Linkspartei Programme gegen die Erderwärmung sowie massive Infrastrukturinvestitionen gefordert, während Union und FDP dafür plädieren, die
- 10 Schuldenbremse strikt einzuhalten.

Auch in der Wissenschaft sind die Positionen weit gefächert. Während [...] [von einigen] für die „goldene Regel“ plädiert wurde, wonach produktive und zukunftsstärkende öffentliche Investitionen über die Finanzmärkte finanziert werden dürfen, erteilt Axel Stommel² dem [...] eine schroffe Absage – mit der Behauptung unvermeidbaren ökologischen Schrumpfens.

- 15 [...] Ökologisch begründet Stommel seine Position wie folgt: Die Umweltkrise erzwingt eine generelle Schrumpfung der Wirtschaft, also auch den Abbau von Produktionskapazitäten auf breiter Front. Deshalb sei es dem Staat verboten, selbst mit ökologisch gut begründeten Investitionen neue Kapazitäten aufzubauen.

- 20 Zulässige Kreditfinanzierung wird von ihm am Beispiel der Coronakrise demonstriert. Hier wurden durch die Lockdown-Maßnahmen Produktionskapazitäten vorübergehend stillgelegt, ja sogar zum Teil vernichtet. Nur um zu den ausgelasteten Produktionskapazitäten der Vor-Corona-Zeit zurückzukehren, sollen öffentliche Kredite zur Finanzierung von Wiederbelebungsaktivitäten zulässig sein.

- 25 Stommel bestätigt hier Art. 115 Grundgesetz: Demnach wird das Verschuldungsverbot im Falle „außerordentlicher Notlagen“ und bei „Naturkatastrophen“ – siehe die jüngste Flut – bewusst ausgesetzt. Aber er übersieht eine wichtige Lehre aus der Coronakrise: Die Programme zur Stärkung der durch Corona belasteten Wirtschaft beinhalten ausdrücklich Projekte zur sozial-ökologischen Transformation. So dient das (in vielen Punkten durchaus zu kritisierende) Scholz'sche „Wumms“-³-
- 30 Programm mit seinen über 130 Mrd. Euro einerseits der Stärkung der Konjunktur und damit der Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten, aber andererseits auch den Investitionen in den ökologischen Umbau. Vorhandene Produktionskapazitäten sollen so gezielt ausgelastet und zugleich der ökologische Um- wie Neubau von Produktionsanlagen gefördert werden. Dafür steht die Förderung von umweltverträglicher Mobilität wie der Ausbau der Wasserstoff-Wirtschaft. [...]

- 35 Stommels rein konjunkturelle Blickverengung auf die Sicherung vorhandener Produktionskapazitäten übersieht diese strukturell gewollten Wirkungen. Dazu dienen die staatlichen Investitionsprogramme, die wegen ihrer produktiven Nachhaltigkeit zwingend über Kredite und damit über eine höhere Staatsverschuldung zu finanzieren sind.

Ein Beispiel: Der Ausstieg aus der fossilen Energie durch den Einstieg in erneuerbare Energien verlangt immense private und öffentliche Investitionen, etwa in den Bau von Windrädern wie in den Ausbau umfassender Stromnetze. Selbstverständlich werden zugleich auch umweltbelastende

¹ Bundestagswahlkampf – In Deutschland wurde am 26.09.2021 ein neuer Bundestag gewählt.

² Axel Stommel – Ökonom und Wirtschaftspädagoge

³ Scholz'sche „Wumms“ – Olaf Scholz hat als damaliger Finanzminister mit den Worten „Mit Wumms aus der Krise kommen“ das Konjunkturpaket der damaligen Bundesregierung vorgestellt.

40 Produktionskapazitäten, etwa in der Kohle, abgebaut. Bisher zeigen jedoch die meisten empirisch fundierten Studien im internationalen Vergleich, dass gegenüber den Verlusten an Arbeitsplätzen mehr neue Jobs entstehen. Nicht die Demontage der Wirtschaft, sondern Zukunftsinvestitionen dienen dem Umbau zum nachhaltigen Wirtschaften.

45 Damit stellt sich die Frage, warum die von Stommel präferierte Steuerfinanzierung gegenüber der Kreditaufnahme über die Finanzmärkte volkswirtschaftlich überlegen sein soll. „Wer Staat sagt, muss auch Steuern sagen“, wiederholt Stommel den weit verbreiteten Irrtum. Das daraus abgeleitete Kreditfinanzierungsverbot für öffentliche Investitionen ist jedoch finanzwissenschaftlich schlicht nicht haltbar, da gerade Anschubinvestitionen zur Belebung der Wirtschaft und damit zu mehr Staatseinnahmen führen können und sollen, also keine Steuererhöhungen zur Folge haben müssen.

50 Jedenfalls lässt sich eine überzeugende finanzpolitische Begründung des Verschuldungsverbots bei Stommel nicht finden. [...]

Im Falle von Steuern finanziert die gegenwärtige Bevölkerung das Investment in die künftige Nachhaltigkeit des Wirtschaftens. Nutznießer ist also die künftige Generation, ohne dass diese für die Finanzierung aufkommen muss. Daraus erwächst die Gefahr, dass wichtige, später erst wirkende 55 Infrastrukturinvestitionen verweigert werden. Denn der Druck, durch eine sofort wirksame, erhöhte Steuerlast die milliardenschweren Öko-Investitionen schultern zu müssen, bremst die Bereitschaft zu einer Politik der Nachhaltigkeit.

Allein mit dem Finanzierungsinstrument der Staatsverschuldung lässt sich der fiskalisch gebotene Kontext zwischen den Nutznießern von Zukunftsprogrammen und deren Finanzierung herstellen.

60 Durch den heutigen Einsatz von investiv⁴ verwendeten Staatsschulden werden künftige, ökologisch bessere Lebens- und Produktionsverhältnisse vererbt. [...]

Mit dieser intergenerativen Wirkung entpuppen sich die populistisch-neoliberalen Sprüche von den künftigen Generationen, denen heute die Schuldenlast vererbt würde, als ökonomischer Unfug. Stommels Schlüsselsatz „Wer Staat sagt, muss auch Steuern sagen“, ist daher schlicht falsch. Richtig 65 ist vielmehr: Damit künftige Generationen überhaupt aus ökologisch nachhaltiger Wertschöpfung Steuern aufbringen können, müssen heute die dazu erforderlichen Transformationsinvestitionen per Staatsschulden finanziert werden.

Rudolf Hickel: Mehr Staatsschulden wagen – aber auch mehr Steuern!, September 2021, URL: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2021/september/mehr-staatsschulden-wagen-aber-auch-mehr-steuern> (abgerufen am 06.10.2021).

⁴ investiv – für Investitionen, zur produktiven Verwendung bestimmt